

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Blittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Jannitsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1917, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausgabestellen Vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamtteil Seite 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5255 Berlin.

Nr. 161.

Magdeburg, Freitag den 13. Juli 1917.

28. Jahrgang.

Was geplant wird.

Gleiches Wahlrecht in Preußen.

Drei Schritte sind notwendig, um die deutsche Krise zu beenden und zugleich die Weltkrise ihrer Lösung näherzuführen. Der erste ist eine verständige Friedenserklärung des Deutschen Reichs, der zweite die Demokratisierung Preußens, der dritte, darum nicht der unwichtigste, die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems im Deutschen Reich.

Nach den Nachrichten, die in Berlin am Nachmittage des letzten Mittwoch vorlagen, ist anzunehmen, daß von diesen drei Schritten zwei und ein halber gemacht werden sollen.

Eine von Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum vereinbarte Kriegszielerklärung soll dem Reichstag vorgelegt werden und hat Aussicht auf Annahme durch eine erdrückende Mehrheit. Der Reichskanzler — noch immer Bethmann-Hollweg — wird erklären, daß er sich diesem Beschluß des Reichstags füge und ihn als Richtschnur für die auswärtige Politik des Reichs annehmen werde.

Das preussische Staatsministerium wird rekonstruiert und eine Vorlage zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wird im Frühjahr dem Preussischen Landtag unterbreitet werden. Ein

neuer Erlass des Königs von Preußen bestimmt in Ergänzung der Osterbotschaft ausdrücklich die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, und zwar soll die Vorlage so frühzeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht erfolgen können. Der Erlass, der vom 11. Juli datiert und an Bethmann-Hollweg als Präsidenten des Staatsministeriums gezeichnet ist, lautet wie folgt:

Auf den mir in Befolgung meines Erlasses vom 7. April dieses Jahres gehaltenen Vortrag meines Staatsministeriums bestimmte ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtag der Provinz zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist.

Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Das sind sehr erhebliche Fortschritte,

von denen man noch vor 14 Tagen kaum geglaubt hätte, daß sie sich so rasch durchsetzen lassen würden.

Es bleibt aber der dritte Schritt, die Parlamentarisierung der Reichsregierung, und dieser Schritt soll, wie es am Mittwoch, im Reichstag hieß, nur halb getan werden. Beabsichtigt ist, einige Staatssekretäre auszuschießen und sie durch andre Beamte zu ersetzen. Außerdem soll eine Anzahl von Parlamentariern zu einer Art von Staatssekretären ohne Portefeuille ernannt werden. Die Oberste Heeresleitung, der Reichskanzler und die Beamten sowie die parlamentarischen Staatssekretäre sollen miteinander etwas bilden, wofür noch kein Name gefunden worden ist, ein etwas, das mehr als ein Staatsrat und weniger als eine Regierung ist. Also eine Art nicht nur beratender, sondern kontrollierender, unter Umständen entscheidender Behörde.

Was geplant wird, ist also ein Kompromiß zwischen dem bestehenden System der Obrigkeit und dem parlamentarischen Regierungssystem. Die parlamentarischen Staatssekretäre sollen nicht, wie die beamteten, Untergebene des Reichskanzlers sein und aus der Reichskasse auch kein Gehalt empfangen. So soll die Unabhängigkeit ihrer Stellung nach allen Seiten hin gesichert werden.

In diesem

seltsamen Mittelweg

kann man natürlich endgültig erst Stellung nehmen, wenn es wirklich das Licht der Welt erblicken sollte. Unter Umständen kann es für die Sozialdemokratie eine Frage sein, ob sie sich daran beteiligen will oder nicht. Auf der einen Seite wäre es ein nicht von der Hand zu weisender Vorteil, wenn ein Vertreter der Sozialdemokratie oder mehrere die Möglichkeit bekämen, die der der Regierung kürzer zu kontrollieren. Dies vom Platte des einfachen Abgeord-

neten aus möglich ist. Auf der andern Seite kann die Sozialdemokratie aber nicht die Verantwortung für Beschlüsse übernehmen, die möglicherweise ihren Grundsätzen geradewegs widersprechen.

Starke Bedenken muß es auch erregen, daß das neue System unter der alten Firma geführt werden soll. Bleibt Bethmann Reichskanzler, so bleibt er es doch nur als der

Geführte der neuen Reichstagsmehrheit,

und er wird genötigt sein, Beschlüsse auszuführen, denen er widerstrebt hat. Man erzählt sich, daß Bethmann-Hollweg an der vereinbarten Friedenserklärung der Fraktionen Änderungen vorschlug, die diese rundweg ablehnten. Später erklärte er, auch mit der Formel der Fraktionen einverstanden zu sein. Daß er sich wie ein Löwe dagegen gewehrt hat, die preussische Wahlreform noch während des Krieges durchzuführen, ist bekannt. Jetzt ist er bereit, auch in diesem wichtigen Punkt den Wünschen der Reichstagsmehrheit Folge zu geben. Man gewinnt daraus den Eindruck, daß der Reichskanzler notgedrungen zu allem Möglichen bereit ist, was man von ihm verlangt, bloß zu einem nicht, was von vielen dringend gewünscht wird: zu seinem Rücktritt.

Die Verufung des Kronprinzen nach Berlin wird mit Recht als ein Zeichen der Bereitwilligkeit zu dem bezeichnet, was die konservativen Presse als eine „Preisgabe von Kronrechten“ bezeichnet. Da es sich darum handelt, sich eines Teiles des politischen Besitzstandes der Dynastie zu entäußern, will der Kaiser nicht entscheiden, ohne den Thronerben gehört zu haben.

Alles in allem, wenn es bei der Lösung bleibt, die am Mittwoch als die wahrscheinlichste galt, dann sind große, wichtige Fortschritte erreicht worden. Leider wird aber

immer noch ein Rest bleiben,

dessen Liquidation große Schwierigkeiten verursachen dürfte. Ob die Regierung wirklich instande sein wird, nach dem Reichstag vorgeschriebenen Richtlinien der auswärtigen Politik einheitlich zu handeln, steht noch dahin. Im Preussischen Landtag wird es über die Wahlreform wohl noch einen hitzigen Endkampf geben. Das schwerste Kreuz bleibt aber die halbe Entschlebung in der Frage des parlamentarischen Systems. Vermutlich werden noch einige Monate ins Land gehen, bevor die Früchte, die in diesem heißen Juli reifen, in die Scheune gefahren werden können.

Die erste Kraftprobe.

Die neue 15-Milliarden-Vorlage stand am Mittwoch auf dem Arbeitsverzeichnis des Reichstags. Die Fraktionen der Mehrheit hatten beschlossen, sie abzusehen, weil sie zuvor das Ergebnis der politischen Krise festgelegt wissen wollten. Also geschah es denn auch.

Hg. Graf Westarp widersprach für die Konservativen der Verurteilung, weil Kriegskredite ganz unabhängig von der Regierungsweise und den innerpolitischen Zuständen für das deutsche Volk und das deutsche Heer bewilligt werden müßten. Demgegenüber erwiderte Scheidemann, daß die Sozialdemokratie sich die Vorlagen vorher zu überlegen pflege, ehe sie ja oder nein sage, und deshalb nicht erst zustimmen und nachher in die große außen- und innerpolitische Auseinandersetzung eintreten könne.

In Westarps Gedankengang ist zweifellos etwas Richtiges: Kriegskredite bewilligt man nicht der Regierung, sondern dem Lande zu seiner Verteidigung. Trotzdem bleibt die Bewilligung der Kriegskredite kein automatischer, sondern ein politischer Akt. Schon am 4. August hat die Sozialdemokratie erklärt, sie bewillige Kriegskredite nicht für Eroberungen, sondern nur für die Notwehr, für die „Stunde der Gefahr“, und sobald Deutschlands Feinde zum Frieden bereit sind, müsse der Frieden geschlossen werden.

Diese Voraussetzung der Kreditablehnung ist heute ganz gewiß noch nicht erfüllt. Wohl aber besteht der Verdacht, daß auch der deutsche Krieg kein reiner Verteidigungskrieg sei, sondern auf Eroberungen ausgehe. Schuld daran ist die wüste Agitation der Alldeutschen. Die Formen, welche diese in letzter Zeit angenommen hat, zwingen die Sozialdemokratie, nunmehr auf reifliche Klarheit über die Saltnas der

Regierung zu dringen. Deshalb war an eine Abstimmung über die Kreditvorlage heute natürlich nicht zu denken.

Die Vertagung der Verhandlung wurde darauf von einer großen kompakten Reichstagsmehrheit beschlossen. Die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum und Nationalliberale stimmten geschlossen dafür, ebenso von den kleineren Parteien die Polen, die Elßaß-Volbringer und die Mehrheit der Deutschen Fraktion. In der Opposition blieben allein Gaase und Westarp mit ihren Freunden, die vom Unabhängigen Ausschuß und die von der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Die Nationalliberalen gespalten.

Die Beteiligung an der Reichstagsklärung, welche die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem Frieden ohne Eroberung und Entschädigung ausdrückt, haben die Nationalliberalen nach langem Schwanken abgelehnt. Eine partei-offizielle Erklärung beharrt auf ihrer Forderung eines „Sicherungsfriedens“, der Deutschlands Macht an Land und Gut über den Besitz vor Kriegsbeginn hinaus vermehrt.

Aber die Nationalliberalen machen daraus keine Stabilitätsfrage, sondern finden sich damit ab, daß die Mehrheit des Reichstags entschlossen für einen raschen Ausgleich und Verständigungsfrieden eintritt; sie sind gleichwohl bereit, an einer etwa zu bildenden parlamentarischen Regierung mitzuwirken.

Uebrigens kommt auch nicht viel darauf an, weil auch ohne sie eine starke Reichstagsmehrheit für die parlamentarische Regierung mit dem Programm des „weisen Friedens“ und der sofortigen Neuordnung vorhanden ist.

Eine spätere Meldung besagt, daß die nationalliberale Fraktion die Abstimmung über die Friedensresolution ihren Mitgliedern freigegeben hat. Man rechnet mit 20 bis 25 Ja-Stimmen. Trifft das zu, dann würde ungefähr die Hälfte der Fraktion für einen Ausgleich sein. Die Annerkennung hätten also nur noch die andre Hälfte der Nationalliberalen für ihre Sicherungs- und Eroberungsziele.

Der Friede der Mehrheit.

Die nach diesem Entschluß der Nationalliberalen allein von den Sozialdemokraten, den Fortschrittler und dem Zentrum abzugebende Mehrheitskundgebung, die nur die Kriegszielfrage bespricht, steht in ihren Grundzügen nunmehr fest. Es wird darin Bezug genommen auf die Scheidemannsche Vorrede, wonach Deutschland seine Waffen lediglich zur Verteidigung der Freiheit und Selbstständigkeit sowie der Unverletzlichkeit seines territorialen Besitzstandes ergriffen hat. Auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahrs, so wird in der Kundgebung ausgeführt, erstreckt die Mehrheit des Reichstags einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Solange die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden nicht zugestehen wollen, ist das deutsche Volk und seine Reichstagsvertretung entschlossen, einmütig zusammenzutreten und den Kampf fortzusetzen, bis die Rechte Deutschlands und die seiner Verbündeten gesichert sind.

Man rechnet damit, daß diese Kundgebung, auch ohne die Zustimmung der Nationalliberalen, etwa 300 Stimmen auf sich vereinigen wird. Diese Mehrheit dürfte, deshalb eine so stattliche werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion — in Frage kommen hauptsächlich die christlichen Gewerkschafter — sowie der Polen, Elßaß, Dänen und Welsen gerechnet werden kann.

Die von dem interfraktionellen Ausschuß verfaßte Friedensresolution wird als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden.

Die preussischen Minister treten ab.

Ein endgültiges Ergebnis der Beratungen im Kronrat ist auch noch nicht bekanntgegeben. Aber es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Kaiser bereit ist,

schickte man sie zurück. Man wollte mit ihnen nichts anzufangen. Nicht etwa, weil die Italiener nichts arbeitsfähig waren, sondern weil seine Organisation zur Verteilung der Kräfte da war.

Die Ernte gefährdet.

Das selbe französische Blatt, das am 17. Mai d. J. einen „Aufruf an das deutsche Volk“ mit dem kategorischen Ersuchen gerichtet hat, sofort die Waffen zu strecken, wofür es nicht aus Frankreichs Händen sein Todesurteil entgegennehmen wolle, dreht 6 Wochen später sein lautes „Zu Hilfe!“ in die Welt hinaus:

Unsre Ernte zehrt dem Verderben entgegen. Die Landflucht wird fürchterlich. Die Wäldungen sind nicht wieder gutzumachen. Mindestens 200 000 Menschen hätte man für die Frühjahrsernte nötig. Aber durch den Abgang der Jahresschiffe 1918 und durch Nachmusterungen ist der Mangel um weitere 160 000 Mann gewachsen. Seit Anfang d. J. hat die Landwirtschaft nur 74 000 Mann aus den Jahresklassen 1888 zurückgehalten, ferner 3000 Kriegsgefangene und 40 000 Hilfskräfte. Wir haben aber unbedingt 300 000 Mann Arbeitskräfte für die Erntearbeiten nötig.

In Wirklichkeit ist der Mangel noch weit erheblicher. Unsre Bauern, die sonst so stark sind, haben seit dem Kriege Furchtbare durchgemacht. Viele haben ihr Arbeitsvieh verkauft und die Acker verlassen. Andre sind in die Gefangenschaft gegangen. Die Zurückgebliebenen sind mutlos geworden. Die Entvölkerung der Ortschaften macht immer größere Fortschritte. Daher wird die Frage der Ernährung der Stadtbevölkerung immer schwieriger. Mit den bloßen Einschränkungen kommen wir zu keiner Lösung. Und doch ist eine solche im Interesse der Bürgerschaft ebenso wie der Landbewohner unbedingt nötig.

Um den Frauen auf dem Lande Mut zu machen und Vertrauen einzufößen, hat die Kammer verschiedene Maßnahmen ergriffen. Aber die Notwendigkeit derselben hat man nicht genügend begriffen. Man darf nicht in die alten Fesseln verfallen. So kann es unmöglich weitergehen. Das Heu ist bereits seinem Verderben ausgeliefert gewesen, weil es an Arbeitskräften fehlte. Der Kriegsminister hatte Landwirte aus der Jahresklasse von 1890 zu schicken versprochen. Aber nichts ist bisher geschehen. Die ministeriellen Verfügungen sind nicht gehalten worden von den Regierungen, die die Rundschreiben vorbereiten. Die Presse darf nicht gleichgültig bleiben. Das Heu geht zugrunde, aber selbst die ganze Ernte ist gefährdet. Man forderte öffentlich auf: Sät Getreide! Doch zu welchem Zweck, wenn die Ernte unmöglich ist? Die Lage ist schwer.

Es schreibt der Abgeordnete Jean Durand im Pariser „Matin“. Auch die Franzosen sehen der Ernährungsfrage bangen. Dadurch wird für uns zwar kein Brot gebacken, wohl aber die Erkenntnis gewonnen, daß die Kriegsbereitschaft drüben aus ein natürliches Ende nehmen muß.

Moderner Städtekrieg.

Als der diesjährige Wirtschaftsplan für Obst und Gemüse bekanntgegeben wurde, der als besondere Neuerung die Lieferungsverträge der Gemeindefürsorge brachte, wurde von uns schon damals hingewiesen, daß damit wieder die Preisstreberei noch andere schon bekannte Begleiterscheinungen des berühmten Spieles der Kräfte ausgeführt würden. So früher Händler sich gegenseitig zu verdrängen suchten, machten es nunmehr Gemeinden. Die Wirkung bleibt die gleiche und die Konsumenten bezahlen wieder die Kosten des Konkurrenzkampfes. Welch erbauende Formen der vorausgesetzte Kampf der Städte um Obst und Gemüse angenommen hat, das geht aus folgendem „Schlachtrichter“ der „Koblenzer Volkszeitung“ hervor:

Daß Koblenz heute als erste Stadt des Westens mit neuen Kartoffeln aufwarten kann, das ist die Folge eines schlaun Streiches — übrigens eines ganz geschickten und ordnungsmäßigen. Wir, das heißt die Stadt Koblenz, haben nämlich mit einer durch Fräulein Müllers zu gut bekannten größeren Gemeinde im Landkreis Köln einen sogenannten Lieferungsvertrag abgeschlossen, nach dem wir die ganze Ernte zu bestimmten Preisen im voraus übernommen haben. So erhalten wir also seit geraumer Zeit schon Gemüse und nun auch die Kartoffeln. Freilich, leicht ist's nicht gewesen, uns die Beute zu sichern. Es hat nämlich abgesehen von allerhand Instanzen, die das schöne Werk zu durchkreuzen versuchten. Wir sind Sieger geblieben, weil der Vertrag mit allen Schanzwerten der Verzicht angeht. Unsre lieben Nachbarn in Köln aber sind fruchtlos auf dem Felde gewesen, als am letzten Sonntag die Koblenzer Entschlossenheit, darunter die obersten Ränge des Reichstages, in Schlichter Ordnung anrückten und in höchstem Wettstreit gruben und häfften und wühlten und rafften, den Kölner Feindmännchen zum Trost, und sich die Köpfe brachten, den Kölnern die gute Beute förmlich aus dem Munde zu reißen.

Das war eine abenteuerliche Geschichte. So mit Sad und Red losrückten, abends spät ankommen, in sehr ursprünglichen Gemütern, wie Kajakmenschen, Ställen, Schuppen, auf selbstgekauften Strohdächern übernachten und morgens dann zum einzigen Schiffe ausgeben, mittags das aus mitgebrachten Beständen selbstgekochte Mahl mit ungewohnten, durch Hunger gewürgtem Appetit verzehren und abends die Freunde genießen, bereits einige Eisenbahnwagen brüllen zu sehen. Es war auch die höchste Zeit, sonst wäre uns alles durch die Lappen gegangen.

So ein hübscher Schadenfreude gegenüber den Kölnern war ja gewiss auch dabei, besonders in Anbetracht des Umstandes, daß es gerade die Kölner waren, die uns in den letzten Monaten durch ihren Schleichhandel den uns zuleist als Versorgungsgebiet zugewiesenen Landkreis Koblenz so gründlich abgegrast hatten, daß wir die uns zugewiesenen Kartoffelmengen nicht mehr erhalten konnten. So mühsam ist in die ernteten Dinge immer wieder ein Stückchen ungewollten Humors. Dem ungeklärten Hauptverbrechen der Kölner im Kleinen setzen die Koblenzer eine geschickte Sammeljagd im großen entgegen.

Wirklich, das war eine abenteuerliche Geschichte. So abenteuerlich, wie die ganze Gemütsverwirrung. Das Abenteuer der Koblenzer hat dazu geführt, ihnen die Beute zu sichern, wofür das Gemütsverbrechen des Kölner in den deutschen Städten führt, müssen wir noch abwarten. Unser Kölner Parteiblatt bringt den

Zubehörschrei der „Koblenzer Volkszeitung“ und überschreibt ihn: „Das Großlofen der Sieger“. Derartige Siege, wie die Koblenzer einen erfochten haben, sind vielleicht auch zu gebrauchen, warum auch nicht. Die Reichsgemeinschaft kann mit solchen Erfolgen nachweisen, daß Städte zuweilen Gemüse bekommen, sie brauchen nur mit allen Schanzwerten der Schlaueit und Vorsicht Hamsterfahrten im großen zu veranstalten. Und wenn sich dabei aus der Verforgung ein bunter Wirrwarr entwickelt, wenn Gemeinden nichts abbekommen, dann bleibt immer noch der Ausweg — eine neue Verordnung zu erlassen.

Die Stadt Köln hat auch mit einer andern Nachbarstadt schlechte Erfahrungen gemacht. Die Stadt Essen hat im Vorgebiete bei Köln, einem Gemüseparadies, den Erzeugern Preise geboten, die weit über die Reichshöchstpreise gingen, und als die Stadt Köln Erfüllung der abgeschlossenen Verträge auf Grund der Höchstpreise verlangte, bekam sie — nichts. Es ergab sich u. a., daß die Obstpreise um das Doppelte überschritten worden waren, und man war genötigt, den gleichen Preis zu bezahlen, um wenigstens etwas zu erhalten. Die Städte kommen demnach schon auf die Sprünge der Preistreiber und scheuen selbst Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstpreise nicht. Das ist eine vortreffliche Regelung des Handels mit Gemüse.

Gegen die Zensur.

Reichstagsabgeordneter Genosse Ebert hat folgende Kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

Laut Verfügung der Oberzensurstelle (Nr. 25674) ist die Verbreitung der Druckschrift „Frieden der Verständigung, Reichstagsrede von Philipp Scheidemann“ entgegen dem Artikel 22 der Reichsverfassung verboten worden; und zwar mit dieser Begründung:

Dem Rechte des Abgeordneten Scheidemann auf Bekanntgabe seiner Meinungen im Reichstag ist durch seinerzeitige Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen in der gesamten Presse Genüge geschehen. Die Rede unterliegt, wenn sie aus dem Rahmen der Reichstagsverhandlungen herausgenommen und zu Propagandazwecken durch Flugblattverbreitung verbreitet werden soll, wie jede andere Veröffentlichung den Zensurbestimmungen. Da sie an zahlreichen Stellen gegen die geltenden Bestimmungen verstößt, kann die beabsichtigte Verwertung nicht gestattet werden.

Die Amegonistenzeitung „Rehmans Kriegsziele“ wird, ungehindert von den Zensurstellen, im ganzen Staat in großen Massen verbreitet.

Was gebietet der Herr Reichszensur zu tun, um dem verletzten Rechte Geltung zu verschaffen? Ebert.

Die Anfrage dürfte am Freitag im Reichstag mit erledigt werden.

Notizen.

Der Preussische Landtag. Einer Korrespondenz zufolge tritt der Preussische Landtag voraussichtlich am 9. Oktober wieder zusammen. Das am Widerstand des Herrenhauses gescheiterte Wohnungsgesetz, verbunden mit dem Bürgerrechtsgesetz, werde dem Landtag zur Beratung vorliegen. Ob auch das vielumstrittene Fideikommissgesetz dem Landtag nochmals unterbreitet werde, sei zurzeit noch nicht entschieden. Den wichtigsten Verhandlungsstoff des hoffentlich letzten preussischen Dreiklassenlandtags werde die neue Wahlreformvorlage bilden. Der Haushaltsplan für 1918 werde dem Landtag im Oktober noch nicht vorgelegt. — Das Herrenhaus soll seine Tätigkeit erst im Dezember wieder aufnehmen, sofern nicht entscheidende Gründe für eine frühere Tagung auftreten.

Von ihren eignen Landsteuten getötet oder verwundet. Die Zahl der bei feindlichen Artillerie- oder Fliegerangriffen getöteten und verwundeten Einwohner der besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien hat sich im Monat Juni 1917 wieder beträchtlich erhöht. Es wurden getötet 12 Männer, 24 Frauen und 3 Kinder und verwundet 39 Männer, 26 Frauen und 18 Kinder. Nach den Zusammenstellungen der „Gazette des Ardennes“ sind nunmehr seit September 1916, also innerhalb der letzten 21 Monate, insgesamt 3078 friedliche französische und belgische Einwohner in den von uns besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens Opfer der Geschosse ihrer eignen Landsteute geworden.

Das Urteil im Posener Getreideschiebungsprözeß. Der Getreideschiebungsprözeß gegen den Kaufmann Roman Hilkevicz und Genossen in Posen ist am Mittwoch zu Ende geführt worden. Hilkevicz wurde zu dreizehn Monaten Gefängnis und 255 498 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Rowicki erhielt 6 Monate und 1 Woche Gefängnis und 18 690 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Pietrowski 5 Monate Gefängnis und 18 490 Mark Geldstrafe.

Die Franzosen für Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen. „Times“ meldet aus Paris: Der mit der Verantwortung der Fragen des holländisch-kanadischen Ausschusses beauftragte Ausschuss der französischen Sozialisten hat seine Antwort am 6. Juni fertiggestellt. Sie betont Frankreichs unabweisbaren Rechtsanspruch auf Elsaß-Lothringen, erklärt sich aber mit der Rücksicht auf den Grundgedanken des Selbstbestimmungsrechts aller Völker damit einverstanden, daß die Elsaß-Lothringer über ihr Schicksal durch Plebiszit entscheiden. Das Plebiszit soll nach diesem Vorschlag unter der Kontrolle der Nationen in dem dem Friedensschluß folgenden Jahre stattfinden.

Die Kämpfe im Osten. In den Karpaten hat dem Wiener Heresbericht zufolge, die regere Geschäftstätigkeit an. Südlich des Dniepr wurden die Bewegungen der verbündeten Truppen ohne Störung und den Gegnern entgegen. Die Heresberichte der beiden Heresleitungen messen übereinstimmend, daß südlich des Dniepr deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an der Lomnica wieder in Gefechtsstellung mit den Russen stehen.

Die Sozialistenkonferenz der Allierten. Aus London wird gemeldet: Das Vollzugskomitee der Arbeiterpartei hat seinen Vertretern in der englischen Abteilung des Internationalen Sozialistenbureaus aufgetragen, für die Einberufung einer Konferenz der sozialistischen Parteien in den alliierten Ländern zu stimmen.

Am Dniepr.

M. L. B. Großes Hauptquartier, 12. Juli 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar; der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht.

Die Kampftätigkeit der Artillerie war gestern in Flamborn vor allem südlich von Opatow, an der Aramisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert.

Mehrere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt.

Bei Mouchy stürzte ein Sturmtrupp eines hanseatischen Regiments unter wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.

Herresgruppe Kronprinz.

In der Westkampagne und auf dem linken Masoufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufklärungsgeschechte endeten günstig.

Herresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Wesentliches.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Wieder war bei Riga, Smorgon und Doranowitz die Feuerfähigkeit lebhaft, auch bei Lugl und auf dem ostgalizischen Kampffeld schwoh sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. An der Sotkharan wurden russische Jagdtruppen, am Stochod südlich von Kowel feindliche Teilaufgriffe zurückgewiesen.

Zwischen Dniepr und Karpaten führten die Russen mit gemäßigten Abteilungen gegen die Lomnicafront vor; bei Kaluzj erreichten Kuriruppen das Westufer des Flusses.

Mazedonische Front:

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Russischer Bericht.

Vom 10. Juli. Westfront: Südlich Buzynsch heftige Gefechtskämpfe. In der Richtung auf Dorinatz setzen die Truppen des Generals Kornilow ihre Offensive am 8. Juli in der Gegend westlich Stanislaw fort. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen leisteten ihnen kräftigen Widerstand und machten erbitterte Gegenangriffe.

Die heftigsten blutigen Kämpfe spielten sich auf dem Straßen nach Galitsch in der Gegend der Dörfer Artuzsja, Buzynsch und Kaveltsch ab. In den Straßen dieses letzten Dorfes fand ein Nahkampf statt, der mit der gänzlichem Niederlage des Feindes endete. Gegen Abend erreichten unsere Truppen den Lukowikafuß. Nachdem sie die Dörfer Viktorow, Kaidan, Gubuska und Kapilow besetzt hatten, trat der Feind den Rückzug gegen den Lomnikafuß an.

In den Kämpfen am 9. Juli machten wir über 1000 österreichische und deutsche Gefangene und erbeuteten drei Feldgeschütze, viele Schützengrabenswerkzeuge, Maschinengewehre und eine große Menge technischer Kriegswerte. Die Haltung und der Mut unserer Truppen waren unvergleichlich, die Offiziere überall voran.

Als das Ergebnis dieser beiden Tage der Offensive westlich Stanislaw brachten wir die Stellungen des Feindes auf einer Front von 20 Werst bis zur Tiefe von 4 bis 10 Werst ein. (Eine Werst ist gleich 1067 Meter. Red. d. „B.“) An den übrigen Fronten Gewehrfeuer und Fliegerartillerie. An der rumänischen und Kaukasusfront ist die Lage unverändert.

Depeschen.

Neue Versenkungen.

M. L. B. Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Im Scherengebiete um England wurde wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler versenkt. Darunter befanden sich der bewaffnete englische Transportdampfer „Armadale“ (6153 Tonnen) mit Truppen, Munition und Proviant von Liverpool nach Saloniki, italienischer Dampfer „Rosita“ mit 940 Tonnen Mehl von Amerika nach England und ein großer unbekannter Dampfer, der aus Genua heraufgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Elsaß-Lothringen.

M. L. B. Paris, 12. Juli. (A. M. T.) In seiner Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärte Ribot: Wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen.

Der Weg zum Kriege.

M. L. B. Athen, 12. Juli. (A. M. T.) Die „Kritik“ meldet, dazwischen die Verhandlungen zwischen der griechischen und serbischen Regierung über Ertragung des zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Vertrags an. Der Vertrag soll verlängert werden und die Bande des Bündnisses zwischen Griechenland und Serbien noch enger knüpfen.

Abgeordneter Spahn erkrankt.

M. L. B. Berlin, 12. Juli. In der heutigen Fraktions Sitzung des Reichstags, die um 11 Uhr vorübergehend stattfand, erkrankte plötzlich der Vorsitzende Dr. Spahn, nachdem er eine längere Rede gehalten hatte. Die Fraktions Sitzung wurde darauf ausgesetzt. Abg. Spahn verließ zunächst im Fraktionszimmer. Zwei Ärzte, die Abgeordneten Dr. Gerlach und Doktor Schay, bemühten sich um den Kranken, der zunächst das Bewußtsein verlor.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 161.

Magdeburg, Freitag den 13. Juli 1917.

28. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

114. Sitzung.

Berlin, 11. Juli, nachmittags 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht des Ausschusses über

Fragen der äußeren und inneren Politik

und als zweiter Gegenstand die Kreditvorlage.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) beantragt zur Geschäftsordnung, diese beiden Punkte von der Tagesordnung abzugeben und an ihre Stelle zu setzen den Gesetzentwurf betreffend die Fürsorge für Gefangene und das Gesetz zur Förderung der Schiffahrt.

Abg. Graf Westarp (Kauf.): Ich habe nichts dagegen, daß Punkt 1 abgesetzt wird, bitte aber Punkt 2 auf der Tagesordnung zu belassen. Es erscheint uns erwünscht, in die weitere Beratung der Kreditvorlage jetzt einzutreten. Wir glauben, mit der ganz überwiegenden Mehrheit des Hauses darin übereinzustimmen, daß die Bewilligung der Kriegskreditvorlage nicht von irgendwelchen Bedingungen abhängig gemacht werden kann. Auf der anderen Seite könnte doch der Umstand, daß die Verhandlungen sich jetzt so lange hingezogen haben, und wir nun heute wiederum diesen Gegenstand abgeben, die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen lassen, daß der Eindruck erweckt wird, als wenn die Verhandlung der Kreditvorlage doch von Bedingungen abhängig gemacht würde. Diesen Eindruck halten wir im Interesse des Landes nicht für erwünscht. (Beifall rechts.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Da wir grundsätzlich Gegner der Kreditvorlage sind, legen wir keinen Wert darauf, daß die vom Abg. Spahn angeregte Frage vom Haus entschieden wird. (Sehr lebhaft.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bitte, den Antrag des Grafen Westarp abzulehnen. Es ist einigermassen unverständlich, daß Graf Westarp sich Sorge darum macht, daß es draußen einen schlechten Eindruck machen könnte, wenn wir nun heute nicht plötzlich, ehe in die politischen Auseinandersetzungen eingetreten ist, die Kreditvorlage bewilligen. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute vor 8 Tagen von meiner Fraktion der Antrag gestellt worden ist, in die Beratung der Kreditvorlage einzutreten, daß sich der Senatorenkonvent mit dieser Frage eingehend beschäftigt hat und dann auf die strikte Einrede des Grafen Westarp und seiner Freunde beschlossen hat, so zu verfahren, wie der Abg. Spahn jetzt vorgeschlagen hat. (Hört, hört!) Das heißt: das, was Graf Westarp jetzt wünscht, ist genau das Gegenteil von dem, was wir unter Berücksichtigung seiner eignen Wünsche schließlich vor 8 Tagen beschlossen haben. (Hört, hört!) Ich bitte Sie also, nach dem Antrag Spahn zu verfahren, nicht erst irgendwelche Mittel zu bewilligen und nachher darüber zu reden, ob das richtig oder falsch war (Hört, hört! rechts), sondern uns vorher darüber auszusprechen. Ein anderes Verfahren würde sich parlamentarisch in keiner Weise rechtfertigen. (Sehr richtig!)

Abg. Graf Westarp: Wir stehen allerdings gegenüber der Kreditvorlage grundsätzlich auf einem andern Standpunkt als der Abg. Scheidemann und halten es bei einer solchen Vorlage für unmöglich, sie irgendwie daraufhin zu prüfen, ob man sie annehmen oder ablehnen will, wie die Situation heute ist. Wir haben den Wunsch, daß die Kreditvorlage auch aus Gründen des Eintrucks auf das Ausland so bald als möglich erledigt wird. Aus diesem Wunsch heraus habe ich allerdings vor 8 Tagen dem Wunsch, der von anderer Seite ausgesprochen wurde, zugestimmt, daß man die Debatte über den Bericht des Ausschusses und über die Kreditvorlage vereintigen möchte, damit nicht zwei Debatten entstehen. Das ist geschehen eben unter der Voraussetzung, daß in kurzer Zeit dann die Kreditvorlage bewilligt werden könnte. Inzwischen ist eine Woche ins Land gegangen, und nach alledem, was inzwischen bekanntgeworden ist, halten wir es jetzt allerdings für möglich, die Kreditvorlage zu erledigen.

Abg. von Payer (Fortfchr. Sp.): Wenn man schon bei einer Beratung der Kreditvorlage auf 2 Tage von einem Eindruck auf das Ausland reden kann (Sehr lebhaft), so wäre es für den Eindruck auf das Ausland jedenfalls viel richtiger, wenn Graf Westarp nicht seinen Einspruch erhoben hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Daß der Bericht über die innere und äußere Politik und die Kreditvorlage gemeinsam erledigt werden, haben wir von Anfang an im Senatorenkonvent und hier im Haus als selbstverständlich betrachtet. (Sehr richtig!) Zum drittenmal stehen heute beiden Punkte nebeneinander auf der Tagesordnung. Welcher Grund liegt denn nun vor, auf einmal diese Dinge zu trennen? Ja, wenn dem Reiche das Geld ausginge, wenn die Kassen wegen geschlossener Warenmärkte leer wären, falls wir nicht die Kredite heute bewilligen, dann würde ich das als starkes Argument erachten. (Sehr gut!) Lassen wir es also bei dem Antrag Spahn und belegen wir diese Debatte so wenig als möglich aus. (Beifall.)

Abg. Martin (Dels, D. Kraft.): Wenn es sich um die Frage handelte, ob man die Bewilligung der Kriegskredite nur auf 2 Tage verschieben wollte, so könnte man darüber streiten. Es handelt sich hier aber darum, ob wir die Kriegskredite von der Tagesordnung absetzen (mit erhobener Stimme), von einer Tagesordnung, auf der sie gestanden hat. (Große Heiterkeit.) Sie mögen darüber lachen (erneute große Heiterkeit), man wird sich doch wohl überlegt haben, weshalb man vor ganz kurzer Zeit diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hat. (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich kann nicht anerkennen, daß wir, wenn es sich um Kriegskredite handelt, erst äußere oder innere politische oder nichtpolitische Gründe prüfen müssen. Solange wir Krieg führen, müssen wir die notwendigen Kredite bewilligen. Das ganze Volk schaut auf diesen Punkt der Tagesordnung. (Gelächter.) Alles andre, was dann gekommen ist, war erst eine Folge davon, das Volk hat zuerst darauf geschaut, daß wir diesen Punkt auf die Tagesordnung in dieser Session gestellt haben. Daher müssen wir Stellung dazu nehmen. (Beifall rechts.)

Punkt 1 der Tagesordnung wird hierauf einstimmig, die Kreditvorlage gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen Sozialdemokraten von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Vorlage betreffend die Gefangenen-Fürsorge.

Abg. Davidsohn (Soz.): Das Gesetz soll ein weiteres Mittel zur Humanisierung in den Krieg bringen. Es will der Fürsorge für deutsche und feindliche Kriegsgefangene dienen, jener Fürsorge, die nicht gerade hoch im Kurze steht. Mit der Tendenz der Vorlage bin ich einverstanden, aber im einzelnen scheinen mir Änderungen nötig; so geht aus § 1 nicht klar hervor, ob Schädigungen durch klimatische Einwirkungen unter das Gesetz fallen. Gegen die „angemessene“ Fürsorge für feindliche Kriegsgefangene habe ich das größte Mißtrauen, und daß der alleinige Bundesrat die Angemessenheit der Fürsorge feststellen soll, ändert daran nichts. Ich meine vielmehr, daß die genaue Abgrenzung dieser Fürsorge in das Gesetz selbst hineingehört. Unklar ist mir, weshalb die in Deutschland beschäftigten Kriegsgefangenen nicht den Bestimmungen der deutschen Arbeiterversicherung unterstellt werden können. Die Begründung sagt, das würde vom deutschen Volke nicht verstanden werden. Vom alldeutschen Volke gewiß nicht, vom deutschen Volk aber sehr wohl. (Zustimmung d. d. Soz.) Zur weiteren Erörterung von Einzelheiten beantrage ich namens meiner Fraktion die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Abg. Weinhausen (Fortfchr. Sp.), Abg. v. Boehn (Fam.), Abg. Cohn (Nordhaußen, Unabh. Soz.), Abg. Seha (Pole) schließen sich dem Antrag des Redneres an.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

der den Reichskanzler ermächtigen soll, den Eigentümern deutscher Kaufschiffe die Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte zu gewähren.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die glänzende Entwicklung unserer Handelsflotte in den letzten Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Krieges ist bekannt. In Konstantinopel folgte sie vor dem Krieg unmittelbar hinter der englischen Flotte, im Material stand sie an der ersten Stelle der Welt. Unsere Flotte bildete den Gegenstand der Bewunderung und des Neides für die ganze Welt. Durch den Krieg haben unsere Reedereien schwer gelitten. Von den 5 Millionen Tonnen sind über 2 Millionen entweder direkt in feindliche Hand gefallen oder fast gefährdet. Weiter aber waren die Reedereien der Feinde und der Neutralen in der Lage, ungeheure Geschäfte zu machen und ungeheure Gewinne zu erzielen. Unsere Reedereien mußten dagegen große Aufwendungen machen, um die im Ausland liegenden Schiffe zu erhalten, ohne entsprechende Gewinne machen zu können. Die sich hieraus ergebenden Konsequenzen liegen auf der Hand. Beim Wiederaufbau der Flotte werden wir auf die Mitwirkung der Reedereien nicht verzichten können und müssen deshalb schon jetzt Vorkehrungen treffen, unsere Reedereien aufrechtzuerhalten und ihnen nach dem Krieg einen neuen raschen Aufschwung zu sichern. Der Umfang der ihnen zu gewährenden Entschädigungen wird von Voraussetzungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur abhängen, die wir heute noch nicht übersehen können. Die nach dem Gesetz jetzt schon zu gewährenden Entschädigungen sind so konstruiert, daß sie den Reedereien einen möglichst wirksamen Anreiz zur möglichst raschen Wiederherstellung von Schiffen geben. Deutsche Unternehmungslust und deutscher Seemannsgeist haben sich bisher im Frieden und im Kriege stark gezeigt, sie werden sich auch weiter stark zeigen in der Wiederaufrichtung unserer Flotte. (Beifall.)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Auf Antrag des Abgeordneten Dohse (Fortfchr. Sp.) wird die Vorlage an den Ausschuss für Handel und Gewerbe verwiesen. Eine Reihe von Petitionen werden debattelos erledigt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 3 Uhr. (Anfragen, zweite Lesung des Gesetzes betr. Fürsorge für Kriegsgefangene und des Gesetzes betr. die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, Bericht des Ausschusses für Bevölkerungspolitik betr. Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 12. Juli 1917.

Die Kinder spielen . . .

Viel Männer stehen in Nacht und Not,
Ihr Auge rührt kein Morgenrot.
Auf fremder Flur, in kühlem Klee
Verwandten sie der Wunden Weh —
Die Kinder spielen wie seit je.

Viel Frauen gehn im Trauerkleid
Und leben nur noch ihrem Leid
Voll Muttersehnsucht, voll Witwenweh,
Die Braut verweilt im Blütenklee —
Die Kinder spielen wie seit je.

Sie spielen weiter ohne Klage,
Sie träumen wissenlos vom Tage,
Da keiner sinkt im kühlen Klee,
Da keine weint in wildem Weh —
Und Kinder spielen wie seit je.

Friedrich Langer.

Sozialdemokratischer Verein. Die Versammlung für den Bezirk Wilhelmshafen fand am Mittwochabend im „Luisenpark“ statt. Der Besuch war mäßig. Das Referat über „Die Bedeutung des Würzburger Parteitag“ hielt Genosse Nitzsch. Eine kurze Aussprache schloß sich an. Gegen den Vorschlag, die Genossen Gorgas und Weims nach Würzburg zu delegieren, wurde kein Widerspruch erhoben. Die Genossen Schwenke gab einen kurzen Bericht über die Ergebnisse des Parteitag in Magdeburg und forderte auf, die „Gleichheit“ zu abonnieren. Die anwesenden Genossen sprachen den Wunsch aus, daß nunmehr eine regere Agitation unter den Frauen betrieben werden müsse.

In der Bezirksversammlung für Budau sprach der Genosse Holzappel über „Die Bedeutung des Würzburger Parteitag“. In dem Vortrag schloß sich eine rege Debatte, in der besonders Klage über das Ernährungsweesen geführt wurde. Es wurde darin besonders betont, warum man nicht den Händlern, die jetzt keine Waren auf den Markt bringen, verbiete, eine Reihe von Jahren den Markt zu besetzen. Ähnliche Maßnahmen müßten gegen andre Händler ergriffen werden. Zu Delegierten wurden der Generalversammlung die Genossen Weims und Gorgas und der Genosse Schumann als Stellvertreter vorgeschlagen. Anträge wurden nicht gestellt.

Auf die Bezirksversammlung der Franken in Eudenburg, die heute Donnerstagabend, bei Fleming, St.-Michael-Straße, stattfand, wird noch einmal besonders aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag, Berichtserstattung vom Frankentag und Verschiedenes. Die Genossinnen werden ersucht, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

Arbeiterjugend. Für Sonntag den 22. Juli abends 6 Uhr, war ein Dichtabend (Stolz-Vortrag mit Rezitationen) angesetzt. Da an diesem Tage eine große Turnfahrt stattfindet, von der wir erst in letzter Stunde erfahren, muß der Vortragabend verlegt werden und zwar voraussichtlich auf Sonntag den 29. Juli abends 6 Uhr. Die Arbeiterjugend und ihre Angehörigen werden ersucht, um so lebhafte Propaganda für den Vortrag zu machen, der in der Aula der Angulustschule, Altemannstraße, stattfindet. Redner ist der Leiter des Leipziger Arbeiter-Bildungs-Instituts, Genosse Gustav Dönnig (Leipzig).

Wahlübungsabend für die Arbeiterjugend finden von Dienstag den 17. Juli an Georgenplatz 10 wieder regelmäßig an jedem Dienstag abends statt.

Rotes Flammenblut.

Roman von Pierre Brossesorenk.

Styge autorisierte Uebersetzung von Johannes Schaf. (16. Fortsetzung.)

Gilla war nicht die trügliche. Aus Gefälligkeit gegen den Gutsbesitzer, dessen Reute nicht ausreichte, hatte sie sich für diesen Tag verdingt, mit Kure, einer ihrer Schwestern, einer kleinen, untern Rogern, die ein bißchen hinten.

Es war für sie beide ein großes Vergnügen, das ihre sitzende Lebensweise und die Eintönigkeit der Handarbeit unterbroch. Außerdem, daß sie gut bezahlt wurden und am Abend in dem niedrigen Saale des Gasthofs mit den andern feiern würden, fanden sie Gefallen daran, mitten drin in der Bande geschwungener Kerle und lustiger Bauerntänzen zu sein. Deren Späße erfreuten sie, und sie ärgerten sich keineswegs über eine etwas handgreifliche Bärtlichkeit, gelegentlich eines zufälligen Zusammenstoßes. Distel selbst ließ es an so etwas nicht fehlen. Hin und wieder flachte seine Hand auf ein emporgerecktes Hinterteil. Ein breites Lachen erschellte dann die finsternen Gesichter der Langenmästle. Ermutigt durch die Vertraulichkeiten des Herrn, fuhren sie ihrerseits in den Haaren der Arbeit unter Nieder und Röde. Schreie wurden laut, die sich wie ein Aufgucken in der majestätischen Stille des Abends verloren.

„Da, die letzten!“ rief der älteste der Arbeiter aus. Hartig stieß er seine Gabel in die Erde, wühlte mit dem Fuß den Haufen der gelben Knollen auseinander, bohrte dann zufrieden mit sich selber aus der Lücke sein Priemröllchen hervor und biß ein gut Stück davon ab.

„Geißel!“ rief Distel, hüde sich schnell nach machte

Sie tat einen raschen Seitensprung und ließ ihn erschreckt zurück, lachte aber gleich darauf aus vollem Hals. Und ihre runde dicke Brust mochte jessellos unter ihrer blauen Jacke.

Die Mädchen gingen einer nach dem andern. Aber nicht einen Tropfen Braumbier mehr gab es aus den Stein- gutbüchsen zu läppern. Man mußte seinen Durst für den Gutschhof aussparen. Rod und Gabel auf der Schulter, stiegen sie gemächlich den Felshang hinauf. Der Abendnebel verwickelte ihre Murrisse mit seinem dämmernden Goss.

„Dost!“ trieb Distel an.

Gilla und Kure waren zurückgeblieben. Von der Schwärzen abgewiesen, machte er sich an die Fleine, weniger wilde. Auf den dunkelnden Wiesen, über die sich die weißen Abendnebel zogen, ließen sich die melancholischen Töne einer Ziehharmonika vernehmen.

„Da ist Heim Dosta,“ murzte der Gutsbesitzer. Er sah scharf in die Dämmerung.

Gilla, die sich gebückt hatte, um ihre Strümpfe in Ordnung zu bringen, richtete sich, ganz bleich geworden, auf und lauschte den melancholischen Tönen des Instruments.

„Bährhaftig, ja. Da kommt er aus dem Gehölz raus,“ fuhr Distel fort, nachdem er ausgepudert hatte. „Der macht einem ja 'ne Gänsehaut mit seinen Leidenbitterweissen.“

„Se, Mädel, wo rennst Du denn hin?“ rief er aufgeregt. Kure hatte angefangen leise zu lachen, indem sie lebhafte die Schultern zuckte.

„Der Teufel ist in das Weidbild gefahren. Da hängt sie sich jetzt an die Gosen von diesem Landstreicher. Der brennt's wohl in den Köden.“

Er machte mit den Händen vorm Mund ein Schallrohr. „Gemeinlich nicht!“ rief er ihr nach. „Aber zur rechten Zeit wieder da sein! Seine Dämmerung, ja!“

„Ich glaube wahrhaftig,“ sagte er, als er zurückkam, zu Kure, „nur solche Landstreicher haben Glück bei den Mädeln.“

Er sagte sie trach um die Lölle, als aber auf der Straße der Wagen, ohne sich mehr um ihn zu kümmern, rasend hinabzurollen, umringt von dem Arbeitertrupp, ließ er von der Sinkenden ab und fing an zu rennen, mit den Armen winkend.

„Ge das Ihr Konswitzel Nacht mal da keine Dammheiten!“

Kure hielt es für überflüssig, auf ihre Schwester zu warten und folgte, so schnell ihr lothner Fuß es gestattete, dem Gutsbesitzer.

8.

Durch den Abendnebel kam, den Fühl auf dem Ohre, Heim Dosta von Sullische den Wiesenweg daher.

Er war ein hübscher, blonder, schlank-träftiger Mensch mit ausgeprägtem Schnurrbart und lockender Mierne. Der von einem ledernen Tragtrennen gehaltene, aber auch über mit Messingnägeln, die sich hell von dem schwarzen Untergrund abhoben, beschlagene Kasten seines Instruments schlug ihm gegen den breiten Rücken. Trällernd und spielend mochte er, mit dem unwiderstehlichen Schicksal seiner verlebten Rippen.

„Guten Abend, Ungetreuer,“ rief eine Weibersimme.

Das Gebüch wackelte. Die Blanke über dem Groden schloste unter einem eiligen Geflopper von Holzschrauben, und ein junges Mädchen in blauer Jacke und roten Hode knachte vor Heim Dosta auf.

„Die Schwärze!“ sagte er, und sein Blick richtete sich auf. Er nahm die Hornschraube unter den Arm und betrachtete sie im spärlichen Augenblicke.

Fortsetzung folgt

